

An die
Marktgemeinde St. Lorenzen
Franz-Hellweger-Platz 2
39030 St. Lorenzen



¹⁾ von der Stempelmarke befreit, falls die Eintragung im Landesverzeichnis der ehrenamtlich tätigen Organisationen erfolgt ist (Art. 8 Gesetz vom 11.08.1991, Nr. 266)

Eingetragen mit D.L.H. Nr. _____ vom _____

**Ansuchen um Gewährung eines Beitrages
für außerordentliche Tätigkeiten und Anschaffungen / Kapitalbeitrag**

Verein, Gruppe, Interessentschaft Priv. Körperschaft, Stiftung, Einrichtung privater Natur Öff. Körperschaft Einzelperson

Der/die unterfertigte _____ geboren in _____ am _____
wohnhaft in _____ Straße _____ Nr. _____
in der Eigenschaft als (*Obmann, Präsident, ...*) _____
des/der (*Verein, Verband, ...*) _____
mit Sitz in _____ Straße _____ Nr. _____
Steuernummer _____ MwSt. Nr. _____

e r s u c h t

um die Gewährung und eines Beitrages in der Höhe von _____ Euro für

(*Zutreffendes ankreuzen*)

- laufende Ausgaben
- außerordentliche Initiativen und Tätigkeiten (= einmaliger Beitrag)
- außerordentliche Anschaffungen und Investitionen (= Investitionsbeitrag)
- Finanzausweisung (wenn die Anschaffung bzw. Investition in das Eigentum der Gemeinde übergeht und im Inventar der Gemeinde geführt wird)
- Schaffung von Vermögensgütern zugunsten Dritter (nur in Ausnahmefällen zulässig)
- Sachleistungen

Folgende Angaben über die eigene Organisation werden mitgeteilt:

Gesetzlicher Vertreter _____ Tel./Handy Nr. _____

Kontaktperson für Rückfragen der Gemeinde _____

Tel./Handy Nr. _____ E-Mail _____

Anzahl der eingeschriebenen Mitglieder _____

Tätigkeitsbereich (*Zutreffendes ankreuzen*):

- Gesundheitswesen
- Kultur, Erziehung, Bildung
- Sport, Erholung, Freizeit
- Soziales, humanitäre Belange
- Zivilschutz, Umwelt- und Landschaftsschutz
- Kultus
- Wirtschaft
- Anderes (*spezifizieren*): _____

(*Zutreffendes ankreuzen*):

- Eine Ablichtung der Gründungsurkunde und der geltenden Satzungen ist bereits bei der Gemeinde hinterlegt.
- Eine Ablichtung der Gründungsurkunde und der geltenden Satzungen wird diesem Ansuchen beigelegt.

Ausdrücklich und in eigener Verantwortung erklärt der/die Unterfertigte, in Kenntnis der strafrechtlichen Folgen im Falle unwahrer oder unvollständiger Angaben:

(Zutreffendes ankreuzen)

- die Organisation arbeitet ohne Gewinnabsichten;
- die Ämter und Funktionen innerhalb der Organisation werden ehrenamtlich ausgeübt;
- die erhaltene Beihilfe wird ausschließlich für den Zweck verwendet, für den sie gewährt wird;
- der Gemeindebeitrag wird ausschließlich für institutionelle und nicht kommerzielle Tätigkeiten gemäß den geltenden Steuerbestimmungen verwendet (in Hinblick auf die Anwendung des Vorsteuereinbehaltes gemäß Art. 28 D.P.R. vom 29.09.1973, Nr. 600);
- die Mehrwertsteuer ist nicht abzugsberechtigt, weil es sich um Tätigkeiten handelt, die nicht unter jene fallen, die in den Artikeln 4 und 5 des D.P.R. vom 26.10.1972 Nr. 633 aufgezählt sind (Tätigkeiten und Berufsausübungen);
- er/sie kennt den Inhalt der Gemeindeverordnung über die Gewährung von Beihilfen an Körperschaften und Private (Beschluss des Gemeinderates Nr. 17 vom 16.08.1994, abgeändert mit Beschluss des Gemeinderates Nr. 38 vom 04.10.2022) und nimmt sämtliche dort angeführten Bedingungen an;
- er/sie erklärt im Sinne von Art. 68 des R.G. vom 21.10.1963, Nr. 29, dass die Mittel der Pfarrei für die Verwirklichung dieses Vorhabens nicht ausreichen (**nur für die Pfarrei**)

GEGENSTAND DER AUSSERORDENTLICHEN AUSGABE

Beschreibung	Kosten ⁽¹⁾

⁽¹⁾ Der eingesetzte Betrag muss mit dem Kostenvoranschlag übereinstimmen, der/das diesem Ansuchen in Abschrift beigelegt werden muss.

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER AUSSERORDENTLICHEN AUSGABE

FINANZIERUNGSPLAN FÜR DIE GEPLANTE AUSSERORDENTLICHE AUSGABE

(dieser Abschnitt muss ausgefüllt werden, falls die Ausgabe *noch nicht getätigt* wurde)

Erwartete Einnahmen	
Eigenmittel	€
Beiträge andere öffentl. Körpersch	€
Mitgliedsbeiträge	€
Sonstige Spenden	€
Erwarteter Beitrag v. d. Gemeinde	€
Gesamteinnahmen	€

Voraussichtliche Ausgaben	
Ausgabe laut Kostenvoranschlag	€
	€
Gesamtausgaben	€

**FINANZIERUNGSPLAN FÜR DIE DURCHGEFÜHRTE INVESTITION / INITIATIVE
DETAILLIERTE GEGENÜBERSTELLUNG EINNAHMEN / AUSGABEN**

(dieser Abschnitt muss ausgefüllt werden, falls die Ausgabe *bereits getätigt* wurde)

Erwartete Einnahmen	
	€
	€
	€

Voraussichtliche Ausgaben	
	€
	€

	€
	€
Gesamteinnahmen	€

Gesamtausgaben	€

Handelt es sich um **Investitionsbeiträge** oder **Finanzzuweisungen**, dann muss zusätzlich eine Ablichtung des Angebotes bzw. Kostenvoranschlages und –bei Bauvorhaben- des Bauprojektes eingereicht werden.

Bei Ansuchen um die Gewährung von **laufenden Beiträgen** genügt neben dem Finanzierungsplan der Bericht über die im Vorjahr durchgeführten Tätigkeiten und über die im Bezugsjahr geplanten Tätigkeiten.

Der Beitragsnehmer nimmt zur Kenntnis, dass für die Auszahlung des Beitrages erforderlich ist, dass die zum Beitrag zugelassene Ausgabe tatsächlich getätigt wurde und die bestrittenen Kosten höher bzw. mindestens so hoch sind, als die öffentlichen Körperschaften gewährten Beiträge.

Der/die Unterfertigte erklärt unter eigener Verantwortung,

- dass die zum Beitrag zugelassene Ausgabe bereits getätigt wurde;
- dass die bestrittenen Kosten höher bzw. mindestens so hoch sind/sein werden als die von der Gemeinde und von anderen öffentlichen Körperschaften gewährten Beiträge;
- dass sämtliche mit der Vergabe des Lieferungs-, Dienstleistungs- und Bauauftrages zusammenhängenden gesetzlichen Bestimmungen und alle sonstigen gesetzlichen Vorgaben eingehalten worden sind;
- dass die Ausgaben nach den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, der Wirksamkeit und der Offenkundigkeit getätigt wurden;
- dass die erhaltene Beihilfe ausschließlich für den Zweck verwendet wurde, für den sie gewährt wurde;
- im Falle der Beantragung eines Investitionsbeitrages sich zu verpflichten, das angeschaffte Vermögensgut einzig der hierfür vorgesehenen Zweckbestimmung zuzuführen und im Falle der außer Gebrauch Stellung des Vermögensgutes bzw. der Auflösung des Vereines einen Rückfluss des Kapitals an die Gemeinde sicherzustellen bzw. im Falle der Schaffung von Vermögensgütern zugunsten Dritter diese Verpflichtungen mit dem Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung sicherzustellen,
- sollte die Beitragsgewährung im Zuge der Überprüfung seitens eines Aufsichtsorganes bzw. seitens der Gerichtsbehörde beanstandet werden, erklärt er/sie bereit zu sein, auf einfache Aufforderung der Gemeindeverwaltung hin den Betrag jederzeit zurückzuerstatten

<p>Gemäß und für die Zwecke der Artikel 12, 13 und 14 der EU-Verordnung 679/2016 finden Sie die Informationen zum Schutz personenbezogener Daten unter folgendem Link: https://www.stlorenzen.eu/de/Gemeinde/Web/Datenschutz oder können in den Räumlichkeiten des Rathauses konsultiert werden.</p>	<p>Ai sensi e per gli effetti degli artt. 12, 13 e 14 del Regolamento UE 679/2016 l'informativa relativa alla protezione dei dati personali è reperibile al seguente link: https://www.stlorenzen.eu/it/Comune/Web/Privacy o è consultabile nei locali del Municipio.</p>
--	---

St.Lorenzen, _____

Unterschrift

Anlagen (Zutreffendes ankreuzen):

- Ablichtung der Gründungsurkunde
- Ablichtung der geltenden Satzung
- Tätigkeitsbericht des Vorjahres (falls nicht im Ansuchen ausgefüllt)
- Tätigkeitsprogramm für das laufende Jahr (falls nicht im Ansuchen ausgefüllt)
- Kostenvoranschlag

Aufklärung in Bezug auf Nachkontrollen

Die Gemeinde behält sich das Recht vor, Kontrollen durchzuführen und die Ansuchen der Beitragsempfänger per Zufallsprinzip zu überprüfen.

Bei Unregelmäßigkeiten oder bei Eintreten von aufklärungsbedürftigen Sachlagen kann die Gemeinde die Bezahlung von ausständigen Beihilfequoten aussetzen bzw. nach den notwendigen Erhebungen die Beihilfen widerrufen.

St.Lorenzen, _____

Unterschrift

----- **DER GEMEINDE VORBEHALTEN** -----

Klassifizierung des Beitrages:

___ außerordentliche Initiativen und Tätigkeiten (= einmaliger Beitrag)

___ außerordentliche Anschaffung und Investitionen (= Investitionsbeitrag)

___ Finanzaufweisung

___ Schaffung von Vermögensgütern zugunsten Dritter – die Gewährung des Beitrages ist mit gesonderter Vereinbarung zu regeln

Überprüfung und Entscheidung:

___ Das vorliegende Ansuchen ist vollständig.

___ Das vorliegende Ansuchen ist unvollständig, es fehlt: _____

Die Kontaktperson des Vereines wurde über die Unvollständigkeit informiert:	___ telefonisch am _____
	___ per E-Mail am _____
	___ schriftlich am _____
	___ persönlich am _____

___ Das Ansuchen wurde vervollständigt. Datum _____

___ Das Ansuchen wurde nicht vervollständigt.

Entscheidung des Gemeindeausschusses	
vorgeschlagener Beitrag _____	Beschluss Nr. _____ vom _____
	Genehmigter Beitrag _____
	Zum Beitrag zugelassene Ausgabe _____

Auszahlung:

Ansuchen um Auszahlung vom: _____

Der Gemeindeausschuss verfügt die Auszahlung des Betrages von _____ Datum _____	Zahlungsanweisung Nr. _____ Datum _____
--	--